

Erklärung von Helmut Kohl zum Abschluß des Sondergipfels über Beschäftigungspolitik (Luxemburg, 21. November 1997)

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 17.12.1997, Nr. 102. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_helmut_kohl_zum_abschluß_des_sondergipfels_uber_beschäftigungspolitik_luxemburg_21_november_1997-de-d40902d8-c7ce-4d46-b81f-7925a81d6b13.html

Publication date: 22/10/2012

Erklärung des Bundeskanzlers vor der Presse, Sondertagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union über Beschäftigungsfragen am 20. und 21. November 1997

[...]

Von den Dingen, die uns besonders wichtig erscheinen, nenne ich das Sonderaktionsprogramm der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg sowie die Beschäftigungsinitiative des Europäischen Parlaments. Die Europäische Investitionsbank stellt in den kommenden drei Jahren Darlehen in Höhe von bis zu zehn Milliarden ECU - das sind rund 20 Milliarden D-Mark - zur Verfügung. Damit können Investitionen von insgesamt 30 Milliarden ECU - das sind rund 60 Milliarden D-Mark - ausgelöst werden. Das ist eine ganz erhebliche Größenordnung. Nach unserer gemeinsamen Überzeugung sollen diese Mittel vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen, für Existenzgründungen und für Wagniskapital zur Verfügung stehen.

Wir haben darüber gesprochen - dieses Gespräch wird wahrscheinlich im ECOFIN-Rat und sicherlich in einer Nachlese beim zweiten Luxemburger Gipfel in ein paar Wochen fortgesetzt -, was man tun kann, damit diese Mittel so schnell wie möglich und ohne bürokratischen Aufwand zu denen kommen, die sie dringend brauchen. Denjenigen, die das Wagnis der Selbständigkeit eingehen, soll in der Übergangszeit geholfen werden, in der die üblichen Sicherheiten noch nicht vorhanden sind.

Das Programm der Europäischen Investitionsbank ist eine ganz wichtige Ergänzung unserer eigenen nationalen Anstrengungen. Ich kann heute ankündigen, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau ihren Risikokapitalfonds für innovative mittelständische Unternehmen zusätzlich um eine Milliarde D-Mark aufgestockt hat. Darüber hinaus können zusätzliche Investitionskredite an die Kommunen in Höhe von ebenfalls einer Milliarde D-Mark vergeben werden. Auch hier werden die ausgelösten Investitionen allen Erfahrungen nach um ein Vielfaches höher sein.

Eingang in die Leitlinien hat auch unsere politische Stoßrichtung einer beschäftigungsfördernden Steuer- und Abgabenpolitik gefunden. Der Satz „Niedrige Steuern und Sozialabgaben sind der beste Nährboden für Investitionen und Arbeitsplätze“ ist in diesem Sinne klar ausgesprochen worden.

Ein wichtiges Kernthema des Gipfels war die Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit. Wir haben konkret vereinbart, daß alle jugendlichen Arbeitslosen vor Ablauf von sechs Monaten einen Arbeitsplatz erhalten oder eine Ausbildungsmaßnahme beziehungsweise andere geeignete Maßnahmen angeboten bekommen sollen. Das entspricht dem Instrumentarium, das wir in Nürnberg haben. Das gleiche gilt für Langzeitarbeitslose, das heißt Arbeitslose, die zwölf Monate und länger arbeitslos sind. Diese Ziele sollen spätestens innerhalb von fünf Jahren verwirklicht werden. Das war auch der Vorschlag der Kommission und des Vorsitzenden des Rates.

Um die Chancen der Ausbildung und der Wiedereingliederung der Arbeitslosen zu erhöhen, soll 20 Prozent der Arbeitslosen eine Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik angeboten werden. Ich möchte gerade bei dieser Zahl darauf hinweisen, daß sich die Mehrheit der Länder auf die Zahl „20“ verständigt hat - im Gegensatz zu dem, was Sie vorher gelegentlich gehört haben.

Die Leitlinien wenden sich in erster Linie an die Unternehmen und an die Tarifvertragsparteien, aber selbstverständlich auch an die politisch Verantwortlichen. Zu begrüßen ist in den Schlußfolgerungen aus unserer Sicht die Aufforderung zu maßvollen Lohnabschlüssen, zu den notwendigen Strukturreformen, zur Stabilität und zu einer auf Sanierung der Staatsfinanzen ausgerichteten Politik. All dies sind notwendige Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze.

Wichtig ist auch - ich habe darauf immer wieder hingewiesen -, daß die Leitlinien keine zusätzlichen Ausgaben verursachen und das Subsidiaritätsprinzip und die nationale Zuständigkeit für die Beschäftigungspolitik gewahrt bleiben. Ich lege vor Ihnen heute großen Wert auf die Feststellung, daß wir uns bei den Themen „Subsidiarität“ und „nationale Zuständigkeit im Bereich der Beschäftigungspolitik“

völlig einig waren - ohne jede Ausnahme.

Auf der Basis der Leitlinien werden die Mitgliedstaaten nationale beschäftigungspolitische Aktionspläne ausarbeiten, die auch den Unterschieden und den Traditionen der einzelnen Länder Rechnung tragen. In der Diskussion ist sehr richtig erkannt worden, daß die regelmäßigen Kontakte der Sozialpartner auch auf der europäischen Ebene intensiviert werden müssen. Wichtig für uns war auch der intensive Erfahrungsaustausch mit den Kollegen über erfolgreiche Instrumente in der Beschäftigungspolitik. Wir waren alle der Meinung, daß dieser wertvolle Informationsaustausch regelmäßig fortgesetzt werden soll. Ich kann mir dabei durchaus vorstellen, daß wir alle von anderen positiven Erfahrungen lernen können. Bei uns in Deutschland ergibt sich das aus der Nachbarschaft zu Dänemark und zu den Niederlanden, wo in einer ganzen Reihe von wichtigen Kapiteln im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gute Fortschritte gemacht wurden.

Unser Beitrag zu erfolgreichen Instrumenten ist vor allem in den guten Erfahrungen mit dem dualen Ausbildungssystem zu sehen. Das seit Generationen bestehende duale Ausbildungssystem hat vor allem das Verdienst, daß wir bei uns eine vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit haben.

Eines ist in der heutigen Diskussion ganz deutlich geworden - das war auch nicht anders zu erwarten: Ein für alle gleichermaßen gültiges Patentrezept im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Jedes Land hat seine eigenen Erfahrungen, seine eigene Geschichte und auch seine eigenen Probleme. Aber wir haben durch diesen - jetzt sehr viel intensiveren - Dialog, den wir in Amsterdam nach den Vorläufern auf dem Essener Gipfel sozusagen mit auf den Weg gebracht haben, sehr viele Chancen, miteinander ein gutes Stück voranzukommen. Das wird - wie es einer meiner Kollegen sagte - nicht über Nacht geschehen, aber es ist eine gute Perspektive.

[...]